

des Europäischen Parlaments tätig. 1986 wechselte sie in die Europäische Kommission und war dort dann in der spannenden Zeit der Realisierung des Binnenmarktes in den Bereichen Niederlassungs-, Dienstleistungsfreiheit und Anerkennung der Diplome tätig. In dieser Zeit war sie auch die zuständige Beamtin für die juristischen Berufe in Europa. Dann begleitete Sie die Anfänge der Politikfelder Justiz und Innen in der dafür eingerichteten task force. Heute sind diese Bereiche vergemeinschaftet und zwei Generaldirektionen zugeordnet. Ab 1998 begleitete sie das spannende Thema der Osterweiterung. Nach den Beitritten 2004 und 2007 organisierte sie bis zu ihrem Ruhestand 2018 die Unterstützung der 12 neuen Mitgliedsstaaten und

der jetzigen Kandidatenländer des Westbalkans und der Türkei sowie der Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik in den Bereichen Justiz und Innen. Hierbei sind besonders die von ihr jährlich organisierten Seminare zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität hervorzuheben.

Christiane Kirschbaum ist dem Vorbild ihrer Mutter folgend schon früh djb-Mitglied geworden, beigetreten ist sie 1984. 1993–1997 war sie Gründungsmitglied und stellvertretende Vorsitzende der djb-Regionalgruppe Brüssel, 1997–2003 dann Vorsitzende. 2001–2017 war sie Mitglied der djb-Kommission Europa- und Völkerrecht mit der sie ausmachenden Leidenschaft für Europa.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-2-99

Aktuelle Pressemitteilungen

- | | |
|--|---|
| <p>24-22 Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2024: Aufstehen gegen Antifeminismus und Rechtspopulismus (vom 07.03.2024)</p> <p>24-23 djb fordert ein Verbot automatischer Gesichtserkennung im öffentlichen Raum (vom 13.03.2024)</p> <p>24-24 Schutz vor missbräuchlichen Klagen: EU-Anti-SLAPPs-Richtlinie ausbauen, um demokratischen Diskurs wirksam zu schützen (vom 19.03.2024)</p> <p>24-25 Parität verfehlt: Bundesrichter*innenwahl 2024 (vom 22.03.2024)</p> <p>24-26 Eizellabgabe legalisieren: djb veröffentlicht Policy Paper (vom 04.04.2024)</p> <p>24-27 Für ein gleichberechtigtes Europa! djb startet Social-Media-Kampagne zur Europawahl (vom 08.04.2024)</p> <p>24-28 djb begrüßt Empfehlung zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (vom 09.04.2024)</p> <p>24-29 djb schlägt Kindermindestsicherungsgesetz vor (vom 10.04.2024)</p> <p>24-30 djb begrüßt historischen Schritt hin zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (vom 16.04.2024)</p> <p>24-31 Familienrecht: Verbände mahnen Justizminister Buschmann zu Änderungen der Reformvorschläge (vom 16.04.2024)</p> <p>24-32 Der Schwangerschaftsabbruch muss und kann außerstrafrechtlich geregelt werden (vom 17.04.2024)</p> <p>24-33 Kinderehen: djb fordert Rechtssicherheit für betroffene Frauen (vom 19.04.2024)</p> <p>24-34 djb schlägt Kindermindestsicherungsgesetz vor (vom 24.04.2024)</p> | <p>24-35 Berliner Frauenpreis 2024 geht an Prof. Dr. Heide Pfarr – Preisverleihung am 10. Juli im Roten Rathaus (vom 24.04.2024)</p> <p>24-36 Die Aufsicht über den Datenschutz und die Informationsfreiheit wird weiblicher (vom 30.04.2024)</p> <p>24-37 Kooperationsveranstaltung am 16. Mai: Für ein geschlechtergerechtes Europa – Wo steht die EU in Sachen Gleichstellung und wo steuert sie hin? (vom 08.05.2024)</p> <p>24-38 Eine Schwangerschaft in der Selbstständigkeit darf kein unkalkulierbares Risiko bleiben (vom 08.05.2024)</p> <p>24-39 djb und 16 weitere Organisationen veröffentlichen Offenen Brief „Versprechen halten: Steuergutschrift für Alleinerziehende umsetzen!“ (vom 15.05.2024)</p> <p>24-40 Digitalisierung der Justiz: djb fordert weitere Schritte für einen effektiven digitalen Gewaltschutz (vom 15.05.2024)</p> <p>24-41 Juristinnen mit Migrationsgeschichte: djb gründet neues Netzwerk (vom 16.05.2024)</p> <p>24-42 Gewalthilfegesetz jetzt! djb startet Social-Media-Fokustage (vom 17.05.2024)</p> <p>24-43 Alle Familien schützen! djb kritisiert Referentenentwurf zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaften (vom 22.05.2024)</p> <p>24-44 Geschlechtsspezifischer Gewaltschutz darf nicht vom Aufenthaltsstatus abhängen! (vom 04.06.2024)</p> <p>24-45 Wirtschaft und Zivilgesellschaft fordern gemeinsam: Höchste Zeit für die Familienstartzeit! (vom 06.06.2024)</p> |
|--|---|